

„Unregierbarkeit“ nach den ostdeutschen Landtagswahlen 2024?

Hendrik Träger und Celine Matthies

1. Einleitung

Im Oktober 2019 forderte Annalena Baerbock als damalige Bundesvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen alle demokratischen Parteien zur Zusammenarbeit auf, weil andernfalls „Bundesländer unregierbar“ (zit. nach Der Spiegel 2019) werden würden. Nach den damaligen Landtagswahlen gestaltete sich die Regierungsbildung in Brandenburg, Sachsen und Thüringen schwierig, denn mit zwei ‚Kenia-Koalitionen‘ (jeweils einmal unter Führung der SPD und der CDU) sowie einer rot-rot-grünen Minderheitsregierung mussten drei sogenannte „nicht-etablierte Koalitionen“ (Gross und Niendorf 2017, S. 365) gebildet werden.

Dies ist auf die starke Zersplitterung (Fragmentierung) der Landtage infolge der elektoralen Erfolge der AfD einerseits sowie der gleichzeitigen Schwäche von CDU und SPD als den klassischen Volksparteien andererseits zurückzuführen. Die Folge sind langwierige Sondierungsgespräche und Koalitionsverhandlungen sowie Minderheitsregierungen, die auf die Unterstützung von Teilen der Opposition angewiesen sind. Im Regierungsalltag können politische Gestaltungsprozesse ge-

hemmt und/oder wichtige Entscheidungen verzögert beziehungsweise verhindert werden, weil die Einigungsprozesse bei drei Koalitionsparteien komplexer als bei zwei Parteien sind. Manche Bündnisse, die rein rechnerisch über eine parlamentarische Mehrheit verfügen würden, werden durch die gegenseitige Abgrenzung von Parteien (Segmentierung) ausgeschlossen. So lehnt die CDU (2018, S. 19) seit ihrem sog. ‚Unvereinbarkeitsbeschluss‘ „Koalitionen und ähnliche Formen der Zusammenarbeit sowohl mit der Linkspartei als auch mit der Alternative für Deutschland ab.“

Vor diesem Hintergrund sind die Landtagswahlen, die im Herbst 2024 in Brandenburg, Sachsen und Thüringen anstehen, über die drei Bundesländer hinweg von besonderem Interesse: Könnte es zu einem Zustand der ‚Unregierbarkeit‘ kommen? ‚Unregierbarkeit‘ ist kein politikwissenschaftlich eindeutig definierter Begriff. Im Folgenden wird darunter eine Situation verstanden, in der die parlamentarischen Mehrheitsverhältnisse keine politisch realisierbaren Koalitionsbündnisse ermöglichen.

Der Beitrag besteht aus zwei Teilen: Zunächst wird die Entwicklung der Parteiensysteme



Dr. Hendrik Träger
Universität Leipzig
Institut für Politikwissenschaft



Celine Matthies
Lehrerin für Englisch und
Gemeinschaftskunde/Rechtserziehung/Wirtschaft, Leipzig